



VERTEILUNGS GERECHTIGKEIT

FÜR DIE VIELEN, NICHT DIE WENIGEN



Bevor die
Argumente
ausgehen.



A&W
blog

awblog.at

VORWORT

Ungerechtigkeit ist kein Naturgesetz, sondern wird gemacht. Daher gilt im Umkehrschluss, dass sie auch bekämpft werden kann. Leider lässt sich in den letzten Jahren beobachten, dass sich große Vermögen in den Händen einiger weniger konzentrieren, während sich auf der anderen Seite immer mehr Menschen sehr anstrengen müssen, um gut leben zu können. In anderen Worten: Die Ungleichheit nimmt zu.

Es gibt triftige Gründe hier gezielt gegenzusteuern, denn eine ungerechte Verteilung des Reichtums gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Verteilungsgerechtigkeit zählt daher zu den zentralen Forderungen der Arbeiterkammer. Gerade deswegen ist uns wichtig, dass alle die Fakten über die gegenwärtigen Vermögensverhältnisse kennen. Hier wurden in den letzten Jahren bereits große Fortschritte erzielt – nicht zuletzt wird dies durch die von der OeNB (Oesterreichische Nationalbank) durchgeführte Erhebung „HFCS“ (Household Finance and Consumption Survey) ermöglicht. Diese erlaubt eine umfassende Analyse, wie private Haushalte ihr Geld anlegen, wofür sie es ausgeben, und wie ihre finanzielle Situation aussieht.

Die neuesten Ergebnisse, die in dieser Broschüre zusammengefasst sind, zeigen das besorgniserregende Ausmaß der Ungleichheit: Das reichste 1 % verfügt in Österreich über rund 40 % des gesamten Nettovermögens, während die ärmeren 50 % der österreichischen Haushalte gemeinsam gerade einmal 2,5 % besitzen. Dabei wird ein großer Teil der Vermögen nicht durch eigene Leistung erworben, sondern (steuerfrei) geerbt. Damit setzt sich eine Spirale der Ungleichheit in Gang, die über Generationen hinweg wirken kann. Großer Reichtum ermöglicht auch politische Einflussnahme, etwa durch Wahlkampfspenden. Das birgt die Gefahr, dass die Interessen von ArbeitnehmerInnen unter die Räder kommen.

Als Arbeiterkammer bilden wir ein Gegengewicht zum großen Geld. Wir vertreten unsere 3,7 Mio. Mitglieder, die tagtäglich arbeiten gehen und nicht von den Zinsen ihres Vermögens leben können. Wir fordern daher, dass auch die BesitzerInnen großer Vermögen endlich einen fairen Beitrag zum Wohlstand der Gesamtgesellschaft leisten – denn davon profitieren wir alle und nicht nur einige wenige.

„Für die Arbeiterkammer ist soziale Gerechtigkeit eine wesentliche Forderung, die auch eine gerechtere Verteilung von Vermögen und Einkommen umfasst.“



*Renate Anderl,
AK Wien Präsidentin*

VERTEILUNGS GERECHTIGKEIT



IMPRESSUM

1. Auflage, November 2018

Medieninhaber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,

Prinz Eugen Straße 20-22, 1040 Wien, Telefon: (01) 501 65 0

Offenlegung gem. § 25 MedienG: siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum

AK Wien Zulassungsnummer: 02Z034649 M

Redaktion: Klaus Baumgartner, Michael Ertl, Julia Hofmann, Georg Hubmann, Joshua Mingers, Markus Marterbauer, Miriam Rehm, Christoph Prenner, Matthias Schnetzer, Eva Six, Marie-Theres Svoboda

Konzeption: Georg Hubmann, Jahoda-Bauer-Institut, www.jbi.or.at

Grafik: contentschmiede

Hersteller: Bösmüller Printmanagement GesmbH & Co. KG

Bestell-Telefon: (01) 310 00 10 591

Die Broschüre und die Grafiken stehen auf der Homepage der AK Wien unter <http://wien.arbeiterkammer.at/verteilungsgerechtigkeit> zum Download bereit.

INHALT

1	Vermögensverteilung	06
2	Vermögensverteilung in Europa	08
3	Gender und Vermögen	10
4	Vermögenseinkommen	12
5	Managergehälter	14
6	Erben	16
7	Vermögens- und Erbschaftssteuern	18
8	Vermögensbezogene Steuern	20
9	Steuervermeidung	22
10	Öffentliches und privates Vermögen	24
11	Vermögenskonzentration und Macht	26
12	Steuergerechtigkeit	28

VERMÖGENSVERTEILUNG

GROSSE UNGLEICHHEIT IN ÖSTERREICH

„Von den Zahlen nichts wissen zu wollen, dient selten der Sache der Ärmsten.“

*Thomas Piketty
(Paris School of Economics)*

Konkrete Zahlen zur Vermögensverteilung in Österreich gibt es erst seit wenigen Jahren. Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) erhob 2010 und 2014 im Rahmen des europaweiten HFCS (Household Financial and Consumption Survey) das Vermögen der ÖsterreicherInnen. Das dabei ermittelte Nettovermögen von privaten Haushalten unterteilt sich in Sachvermögen (z. B. Immobilien, Fahrzeuge, Unternehmens-eigentum, Wertgegenstände) und Finanzvermögen (z. B. Girokonten, Spareinlagen, Aktien, Wertpapiere, Lebensversicherungen) abzüglich von Schulden.

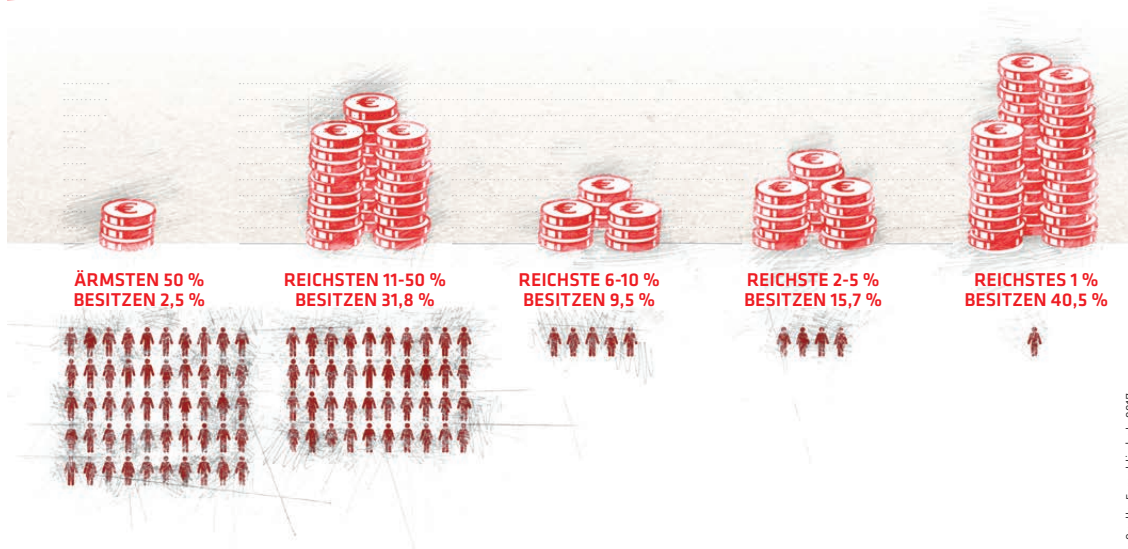
Der HFCS ist eine freiwillige Stichprobenerhebung und kann deshalb kaum Informationen über die allerreichsten Haushalte liefern. Die

Wahrscheinlichkeit, dass MultimillionärInnen und MilliardärInnen in der befragten Stichprobe landen, ist gering und zudem sind die Reichsten meist nicht bereit, Auskunft über ihr Vermögen zu geben. Eine Studie der JKU Linz schätzt deshalb mit fundierten statistischen Methoden und Reichenlisten die fehlenden Topvermögen zu den HFCS Daten hinzu. Die daraus errechnete Vermögenskonzentration ist besorgniserregend: Das reichste 1 % besitzt rund 40 % des Nettovermögens, die ärmere Hälfte zusammen gerade einmal 2,5 %. Reiht man alle Haushalte vom Ärmsten bis zum Reichsten, dann hätte der Haushalt in der Mitte rund 86.000 Euro (Median). Da es ganz oben in der Verteilung aber einige sehr reiche Haushalte gibt, liegt das durchschnittliche Vermögen deutlich höher, nämlich bei fast 260.000 Euro (Mittelwert).

Keine Mittelschicht

In Österreich gibt es bei den Vermögen keine breite Mittelschicht, wie wir sie von der Einkommensverteilung kennen. Die Vermögensdaten zeigen, dass die üblichen Vermögensge-

VERMÖGEN IN ÖSTERREICH: WER HAT WELCHEN ANTEIL AM NETTOVERMÖGEN?



genstände der unteren Hälfte ein Auto oder das Sparbuch sind. In der oberen Mitte ist dann das Eigenheim typischerweise der größte Vermögensposten. Blickt man auf die reichsten 20 % sind auch Wertpapiere Teil des Vermögens. Erst bei den Top 5 % kommen zusätzliche Immobilien, wie Zinshäuser, und Unternehmensbeteiligungen dazu.

Vermögen an der Spitze konzentriert

Obwohl mit der HFCS-Vermögenserhebung ein guter Einblick in die Verteilung vorliegt, schätzen vor allem die vermögenden Haushalte ihre Position innerhalb der Vermögensverteilung falsch ein. In den Top 10 % glaubt kein einziger befragter Haushalt, dass er zu den reichsten 10 % zählt. Rund 70 % aller Befragten ordnen sich in der Mitte ein. Das zeigt, dass viele Menschen davon ausgehen, dass es bei den Vermögen eine ähnlich große Mittelschicht gibt, wie bei den Einkommen. Die aktuellen Studien belegen allerdings, dass ein großer Teil des Vermögens an der Spitze konzentriert ist.

Zum Weiterlesen:

Fessler, Pirmin/Lindner, Peter/Schürz, Martin (2016): *Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2014: Erste Ergebnisse für Österreich* (zweite Welle) www.hfcs.at

Ferschli, Benjamin/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard/Wildauer, Rafael (2017): *Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich*. AK Working Paper 167 <http://bit.do/ak001>

Linktipp: www.verteilung.at

FAKTEN

- Das reichste Prozent besitzt in Österreich rund **40 % des Nettovermögens**.
- Bei den Vermögen **gibt es keine breite Mittelschicht**, wie wir sie von den Einkommen kennen.
- Die reichsten Haushalte **besitzen vermehrt Unternehmensbeteiligungen, Wertpapiere und Zinshäuser**, in der ärmeren Hälfte ist es meist ein Auto und ein Sparbuch.

VERMÖGENSVERTEILUNG IN EUROPA

HOHE UNGLEICHHEIT, UNTERSCHIEDLICHE SOZIALSYSTEME

Die Vermögen sind in Europa sehr ungleich verteilt. Reiht man alle Haushalte in den Euro-Ländern nach ihrem Vermögen auf, so besitzt der Haushalt genau in der Mitte ca. 100.000 Euro. Der Haushalt an der Grenze zu den untersten 10 % hat nur 1.000 Euro, während der Haushalt an der Grenze zu den obersten 10 % etwa 500.000 Euro besitzt. Mehr als die Hälfte des gesamten privaten Vermögens im Euroraum ist in den Händen der reichsten 10 %.

Die Vermögensungleichheit nimmt zu

Der Ökonom Thomas Piketty zeigt, dass seit den 1980ern die Konzentration der Vermögen in den Händen der obersten 10 % im Euroraum stark zunimmt – wenn auch weniger als in den Vereinigten Staaten. Die Vermögenden profitierten in allen Euroländern von der Deregulierung der Märkte, Privatisierungswellen, der Orientierung am Shareholder-Value sowie dem internationalen Steuerwettbewerb und den Steuersümpfen.

Die Höhe des privaten Vermögens und die Einkommen unterscheiden sich zwischen den Ländern des Euroraums deutlich, die Reihenfolge ist jedoch unterschiedlich: Tendenziell ist das Vermögen der mittleren Haushalte in südeuropäischen Ländern wie Malta, Zypern, Spanien, Italien, aber auch in Frankreich, Belgien und Luxemburg höher als in Deutschland oder Österreich. Dafür gibt es strukturelle Gründe: Denn der mittlere Haushalt in Deutschland und Österreich besitzt anders als in den genannten Ländern kein Wohnungseigentum. Das liegt an unterschiedlichen Systemen bei den Wohlfahrtsstaaten, etwa was den sozialen Wohnbau, Pensionen oder

das Gesundheits- und Bildungssystem betrifft. Klar ist aber: ein Rückbau des Sozialsystems führt nicht zu höherem privaten Vermögen, sondern reduziert in erster Linie die Lebensqualität für die Mehrheit der Menschen. Viel relevanter und aussagekräftiger ist deshalb die Verteilung innerhalb der Länder.

Dabei zeigt sich: die Ungleichheit ist auch hier sehr hoch. Der Gini Koeffizient ist ein Maß für die Ungleichheit. Je näher dieser bei 1 liegt, umso ungleicher ist die Verteilung. Unter den Euro-Ländern liegen die Werte zwischen 0,49 und 0,76. Deutschland und Österreich stehen dabei an der Spitze der Vermögensungleichheit.

Weitere Gründe für die Unterschiede im Privatvermögen zwischen den Ländern liegen in den unterschiedlichen Haushaltsgrößen, aber auch Immobilien-Preisblasen in einzelnen Ländern haben Einfluss genauso wie unterschiedliche historische Entwicklungen. Die Ökonomen Martin Schürz und Pirmin Fessler zeigen in einer Studie, dass neben der Rolle von Erbschaften vor allem die Unterschiede im Sozialstaat besonders relevant sind.

„Eine hohe Konzentration von Privatvermögen in den Händen der Superreichen kann zu ökonomischen Ungleichgewichten führen, den sozialen Zusammenhalt untergraben, und demokratische Prinzipien bedrohen.“

Independent Annual Growth Survey (2018)

Zum Weiterlesen:

HFCS Network (2016): *The Household Finance and Consumption Survey: results from the second wave*, ECB Statistics Paper Series No.18, December, <http://bit.do/akoo2>

Disslbacher, Franziska/Rehm, Miriam/Schnitzer, Matthias/Theine, Hendrik (2015): *Pikettys Thesen – Kurz und bündig erklärt*. Arbeiterkammer Wien
Fessler, Pirmin/Schürz, Martin (2015): *Private wealth across European countries: the role of income, inheritance and the welfare state*, ECB Working Paper No. 1847, <http://bit.do/akoo3>

Alvaredo, Facundo/Chancel, Lucas/Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2018): *Bericht zur weltweiten Ungleichheit*. Kurzfassung, World Inequality Lab <http://bit.do/akoo4>

Linktipp: www.inequalityin.eu

FAKTEN

- Das Vermögen im Euroraum **ist sehr ungleich verteilt**. Mehr als die Hälfte des gesamten Privatvermögens ist in den Händen der reichsten 10 %.
- Die Ungleichheit bei den Vermögen in Europa **steigt seit den 1980ern**.
- **Deutschland und Österreich stehen innerhalb der Eurozone an der Spitze** der Vermögensungleichheit.
- Die Gründe für die Unterschiede in der Vermögensungleichheit zwischen den Ländern sind vielfältig. Ein zentraler Grund ist die **Verschiedenheit der Sozialstaaten** (öffentlicher Wohnbau, öffentlicher Verkehr, Pensionssystem, Gesundheitssystem).

VERMÖGENSVERTEILUNG NACH UNGLEICHHEIT („GINI KOEFFIZIENT“)



VERMÖGENSUNTERSCHIED ZWISCHEN MÄNNERN UND FRAUEN



Quelle: Schneebaum et al. 2017

GENDER UND VERMÖGEN

FRAUEN HABEN WENIGER VERMÖGEN

Ähnlich wie beim Einkommen gibt es auch beim Vermögen eine Lücke zwischen Frauen und Männern. Mit den Daten der Europäischen Zentralbank aus 2014 ist es nun erstmals möglich, auch in Österreich diese Vermögensunterschiede nach Geschlecht genau zu betrachten. Dabei zeigt sich: In Österreich haben Frauen im Durchschnitt um 23 % weniger Vermögen als Männer. Während Männer ca. 165.000 Euro besitzen, sind es bei Frauen nur 127.000 Euro. Innerhalb von Paar-

haushalten ist diese Lücke sogar noch größer, aber auch im Vergleich der Singlehaushalte besitzen Frauen weniger Vermögen als Männer. Dieser Unterschied gilt auch für den Vergleich von erwerbstätigen oder vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern.

Große Unterschiede bei den Reichen

Allerdings besteht die Vermögenslücke vor allem am oberen Rand der Verteilung. Über weite Teile

„Die Vermögenslücke zwischen Männern und Frauen zu schließen, ist sowohl eine moralische als auch eine ökonomische Notwendigkeit.“

Coleen Briggs/Heather McCulloch,
(Closing the Women's Wealth Gap Initiative)

der Bevölkerung besteht kaum ein Vermögensunterschied zwischen Männern und Frauen. Kurz gesagt: Dort, wo auch nennenswertes Vermögen gehalten wird, haben Frauen viel weniger Vermögen als Männer.

Vermögenssteuern sind frauenpolitisch notwendig

Aber nicht nur die Besitzverhältnisse, sondern auch die Frage, wer in einem Haushalt über die Verwendung von Vermögen bestimmt, ist bei der Interpretation der Daten wichtig. Denn mit der Möglichkeit über Ressourcen zu verfügen, sind viele Handlungsmöglichkeiten verbunden. Auch dazu gibt es erstmals Informationen: In über drei Viertel der Haushalte bestimmen Frauen und Männer gemeinsam über die Verwendung des Vermögens. Wenn das allerdings nicht der Fall ist, dann entscheidet öfter der Mann als die Frau alleine. In Haushalten mit großen Unterschieden in der Vermögenshöhe besteht ein größeres Machtgefälle. Entscheidet der Mann alleine über die Verwendung des Vermögens, besitzt er auch ein viel höheres Vermögen als die Frau, nämlich fast eine halbe Million Euro mehr. Bestimmt dagegen die Frau alleine über das Vermögen, hat sie im Durchschnitt nur 90.000 Euro mehr als der Mann.

Die Umverteilung von Vermögen würde daher insbesondere Männer treffen, da diese am oberen Ende der Verteilung viel stärker vertreten sind. Anders gesagt: Vermögens- und Erbschaftssteuern sind ein Genderthema. Frauen würden von einer stärkeren Besteuerung von Vermögen dop-

pelt profitieren: Zum einen, weil sie seltener sehr hohe Vermögen besitzen, und zum anderen, weil sie von Leistungen des Wohlfahrtsstaates überproportional profitieren.

Zum Weiterlesen:

Hollan, Katarina/Mader, Katharina/Rehm, Miriam/Schneebaum, Alyssa (2016): *The Gender Wealth Gap Across European Countries*, AK Working Paper No. 157, <http://bit.do/ak005>

Schneebaum, Alyssa/Schuster, Barbara/Groiß, Julia (2017): *Gender Wealth Gap: Frauen besitzen weniger Vermögen als Männer*, A&W Blog, 10. Oktober, <http://bit.do/ak006>

Linktipp: www.ronja-verdient-mehr.at

FAKTEN

- Beim Vermögen klafft eine Lücke zwischen Frauen und Männern. Im Durchschnitt **haben Frauen 23 % weniger Vermögen als Männer**.
- Diese Lücke besteht allerdings **hauptsächlich am oberen Rand der Verteilung**, also dort, wo auch viel Vermögen gehalten wird.
- Die meisten Paare entscheiden gemeinsam über ihr Vermögen, aber **Männer bestimmen öfter alleine als Frauen**. In Haushalten mit einem Machtungleichgewicht besitzt der Mann viel mehr Vermögen als die Frau.

VERMÖGENSEINKOMMEN

WER HAT, DEM WIRD GEGEBEN

Vermögenseinkommen entsteht aus dem Ertrag von bestehendem Vermögen. Zum einen sind das Zinsen auf Gehalts- und Sparkonten, Dividenden auf Wertpapiere, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung von Immobilien und Grundstücken, sowie Gewinnentnahmen aus Unternehmen. Zum anderen geht es um die Wertsteigerung des Besitzes: So kann die vermietete Wohnung neben den regelmäßigen Mieteinnahmen auch noch im Wert steigen. Die EigentümerInnen profitieren also doppelt.

Etwa 75 % der erwerbstätigen Bevölkerung beziehen Einkommen aus Vermögen, meist sind das kleine Zinserträge. Die reichsten 10 % erhalten rund 90 % aller Vermögenseinkommen. Erst im obersten Prozent spielen Einkommen aus Vermietung und Verpachtung sowie insbesondere Gewinnentnahmen eine relevante Rolle. Der Wert des Gini-Index von 0,91 bei Vermögenseinkommen illustriert diese extreme Ungleichheit bei den Vermögenseinkommen: Er ist sehr nahe am Maximalwert von 1, der bedeuten würde, dass ein einziger Haushalt alle Vermögenseinkommen lukriert. Das heißt, dass Vermögenseinkommen noch viel ungleicher verteilt sind als Vermögen selbst.

Vermögende werden bevorzugt

Steuerlich sind die meisten Vermögenseinkommen noch dazu deutlich bessergestellt als Arbeitseinkommen. Während erstere mit der (einheitlichen) Kapitalertragsteuer besteuert werden, unterliegen Arbeitseinkommen einem steigenden (progressiven) Steuersatz. Diese steuerliche Be-

„Wenn wir die Ursachen der Ungleichheit erforschen, stoßen wir auch auf die extreme Konzentration der Kapitaleinkommen.“

Branko Milanovic (CUNY University)

vorzugung von leistungslosem Vermögenseinkommen gegenüber Arbeitseinkommen ist ungerecht.

Nach dem Motto „Wer hat, dem wird gegeben“ können Haushalte mit hohem Vermögen meist auch höhere Vermögenseinkommen lukrieren. Diesen Haushalten fällt es besonders leicht noch mehr Vermögen anzuhäufen, wenn dieses Einkommen auch noch günstiger besteuert wird als Arbeitseinkommen. Dies führt zu einer Spirale, in der Vermögen sich immer mehr auf wenige Haushalte konzentriert. Branko Milanovic, ehemaliger Forschungsdirektor der Weltbank und einer der führenden ExpertInnen in der Ungleichheitsforschung, sieht in dieser Entwicklung eine Gefahr für die Demokratie.

Eine progressive Besteuerung von Vermögenseinkommen brächte mehr Gerechtigkeit für die arbeitenden Menschen. Gemeinsam mit Vermögens- und Erbschaftssteuern kann die beschriebene Spirale immer größerer Vermögensungleichheit durchbrochen werden.

4

Zum Weiterlesen:

Förster, Michael/Heitzmann, Karin (2017): *Entwicklung von Spitzeneinkommen in OECD-Ländern*. In: Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/Schenk, Martin/Schürz, Martin (Hrsg.): *Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung*. Innsbruck: Studienverlag, 51-67.

OECD (2014): *Focus on Top Incomes and Taxation in OECD Countries: Was the crisis a game changer?*, Paris, <http://bit.do/akoo7>

Milanovic, Branko (2016): *Die ungleiche Welt - Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht*. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Milanovic, Branko (2017): *Increasing Capital Income Share and Its Effect on Personal Income Inequality*. In: Boushey, Heather/DeLong, J. Bradford/Steinbaum, Marshall (Hrsg.): *After Piketty. The Agenda for Economics and Inequality*, 235-258.

Linktipp: www.verteilung.at

FAKTEN

- Vermögenseinkommen bestehen aus **Zinserträgen auf Bankkonten, aus Vermietung und Verpachtung von Immobilien sowie aus Dividenden auf Wertpapiere und sonstigen Gewinnausschüttungen** aus Unternehmen.
- Viele Formen von Vermögenseinkommen (v.a. Zinsen, Dividenden und Ausschüttungen aus Anteilen an Kapitalgesellschaften oder Investmentfonds) werden **lediglich mit einem niedrigen fixen Zinssatz besteuert**, während Arbeitseinkommen einer progressiven Besteuerung unterliegen.
- Was für Vermögen gilt, trifft auch für das Einkommen aus Vermögen zu: Der größte Teil des gesamten **Vermögenseinkommens ist konzentriert auf wenige**.
- Vermögenseinkommen **tragen aufgrund der geringen Besteuerung kaum zur Finanzierung des Sozialstaates bei** und entstehen meist ohne geistige oder körperliche Anstrengung.

WER HAT WIEVIEL VOM EINKOMMEN DURCH VERMÖGEN?



DIE UNTERSTEN 90 % ERHALTEN 10 % ALLER VERMÖGENSEINKOMMEN

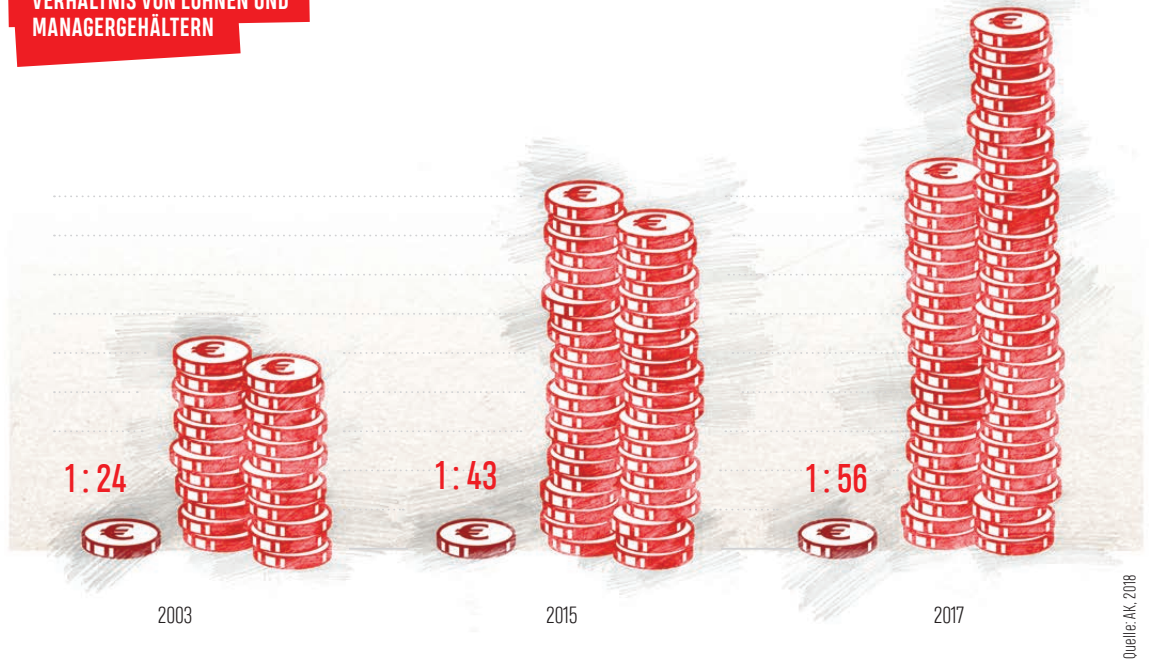


DIE REICHSTEN 10 % ERHALTEN 90 % ALLER VERMÖGENSEINKOMMEN



Quelle: HFCS, 2014

VERHÄLTNIS VON LÖHNEN UND MANAGERGEHÄLTERN



MANAGERGEHÄLTER

STIMMT DAS VERHÄLTNIS NOCH?

In den letzten Jahren hat sich die Vorstandsvergütung in den großen (börsennotierten) Unternehmen immer mehr vom übrigen Lohn- und Gehaltsgefüge abgekoppelt. Strukturell falsche Anreize, wie die kurzfristige Orientierung am Aktienkurs, haben zu einem Missverhältnis zwischen Leistung und Bezahlung des Managements geführt. Diese zunehmende Polarisierung ist sowohl national wie international zu beobachten.

In Österreich kam es zu einer Erhöhung der Vor-

standsvergütung vom 24-fachen des Medianeinkommens im Jahr 2003 auf das 56-fache im Jahr 2017 in den wichtigsten börsennotierten Unternehmen des Leitindex ATX. In diesem Zeitraum haben sich die durchschnittlichen ATX-Vorstandsgehälter damit um 208,3 % gesteigert, während bei den Medianeinkommen nur ein Anstieg um 32,2 % zu beobachten ist. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise haben sich die Vorstandsgagen sogar von der Entwicklung des Börsenkurses ab: Während der ATX von 2009 bis 2017 um rund ein Drittel (37,0 %) zule-

gen konnte, stieg der durchschnittliche Vorstandsbezug in diesem Zeitraum um 77,6 % an. Während der Finanzkrise sind die Vorstandsbezüge zwar etwas gesunken, doch nach diesem kurzen Rückgang liegen die Gehälter des Managements gegenwärtig sogar über den Rekordwerten der Hochkonjunkturjahre. Der Anstieg der Vorstandsvergütungen lässt sich vor allem mit der zunehmend höheren variablen Vergütung (insbesondere aktienbasierte Incentive-Modelle) erklären.

Ein durchschnittlicher ATX-Vorstand erhielt demnach im Jahr 2017 rund 1,7 Mio. Euro, das ist ein Plus von 12,0 % im Vergleich zum Vorjahr. Angeführt wird das individuelle Ranking vom Vorstandsvorsitzenden der Bawag Group, Anas Abuzaakouk, mit 5,3 Mio. Euro, gefolgt von seinem Vorstandskollegen Sat Shah mit 4,4 Mio. Euro auf dem zweiten Rang. Auf dem dritten Platz landet der Vorstandsvorsitzende der Voestalpine, Wolfgang Eder, mit einer Gesamtvergütung von 3,8 Mio. Euro.

Wie kann diesem Trend entgegenwirkt werden?

Die Vergütungspolitik für den Vorstand ist zwar mittlerweile einigen gesetzlichen Bestimmungen und freiwilligen „Empfehlungen“ unterworfen, jedoch zeigen diese Maßnahmen bislang wenig Wirkung. Unternehmen müssen verstärkt nicht-finanzielle Anreize einführen, um für Angemessenheit und Nachhaltigkeit zu sorgen. Diese Vergütungskriterien sollten so gewählt und festgelegt werden, dass strategische Weitsicht und nachhaltige Unternehmensführung statt Kurzsicht und schnelle Gewinne belohnt werden.

Zielvereinbarungen mit dem Vorstand könnten beispielsweise in Bezug auf Qualifizierung, Arbeitsbedingungen und Zufriedenheit der Beschäftigten sowie in Hinblick auf Diversität in Belegschaft und Führung getroffen werden.

Der Aufsichtsrat kann, neben der richtigen Wahl der Vergütungsinstrumente und Kriterien, eine angemessene Relation zwischen Vorstandsvergütung und der Belegschaft festlegen. Dieser Faktor

„Um ein weiteres Auseinanderdriften der Einkommen zu verhindern, braucht es eine angemessene Relation zwischen Vorstandsvergütung und den Löhnen und Gehältern der Belegschaft, die vom Aufsichtsrat festzulegen ist.“

Christina Wieser (AK Wien)

(z. B. 1:12) – die „Manager to Worker Pay Ratio“ – soll dann im Geschäftsbericht veröffentlicht werden. Darüber hinaus soll der Aufsichtsrat Höchstgrenzen für die individuelle Vergütung der Vorstandsmitglieder sowie für die einzelnen Vergütungsbestandteile (z. B. variable Vergütung) vorsehen.

Zum Weiterlesen:

Arbeiterkammer Wien (2018): *Vorstandsvergütung in den ATX Unternehmen – Vergütungspolitik und Gehälter-Ranking*, 2018

Linktipp: www.reichtumsmythen.at

FAKTEN

- In den letzten Jahren hat sich die Vorstandsvergütung von großen (börsennotierten) Unternehmen in Österreich immer mehr vom übrigen Lohn- und Gehaltsgefüge abgekoppelt: Zwischen 2003 und 2017 wurden die durchschnittlichen **ATX-Vorstandsgehälter deutlich um 208,3 % erhöht**, während bei den Medianeinkommen ein Anstieg um 32,2 % zu beobachten ist.
- Ein ATX-Vorstand erhielt im Jahr 2017 **im Schnitt rund 1,7 Mio. Euro**.
- Das durchschnittliche Vorstandsgehalt hat sich demnach vom **24-fachen des Medianeinkommens in Österreich im Jahr 2003 auf das 56-fache im Jahr 2017 erhöht**.

ERBEN

ERBSCHAFTEN VERFESTIGEN DIE UNGLEICHHEIT

**„Wenn Heiraten und Erben
erfolgreicher ist als Arbeiten,
dann hat die Gesellschaft ein
Problem.“**

Brigitte Unger (Universität Utrecht)

Erbschaften sind in Österreich sehr ungleich verteilt und das verstärkt die Unterschiede in den Lebenschancen. So können wohlhabendere Eltern ihre Kinder bereits zu Lebzeiten finanziell besser fördern. Diese Entwicklung setzt sich etwa beim Vererben einer Eigentumswohnung fort und verfestigt damit die ohnehin sehr hohe Vermögensungleichheit. Das steigende Erbschaftsvolumen zeigt, dass diese Entwicklung zukünftig noch stärker wird. Das gilt für alle Länder der Eurozone: Haushalte, die geerbt haben, besitzen deutlich mehr Vermögen als jene, die nichts geerbt haben. Die Zukunftschancen hängen also stark davon ab, ob man in eine Familie geboren wird, wo man eine Erbschaft zu erwarten hat oder nicht.

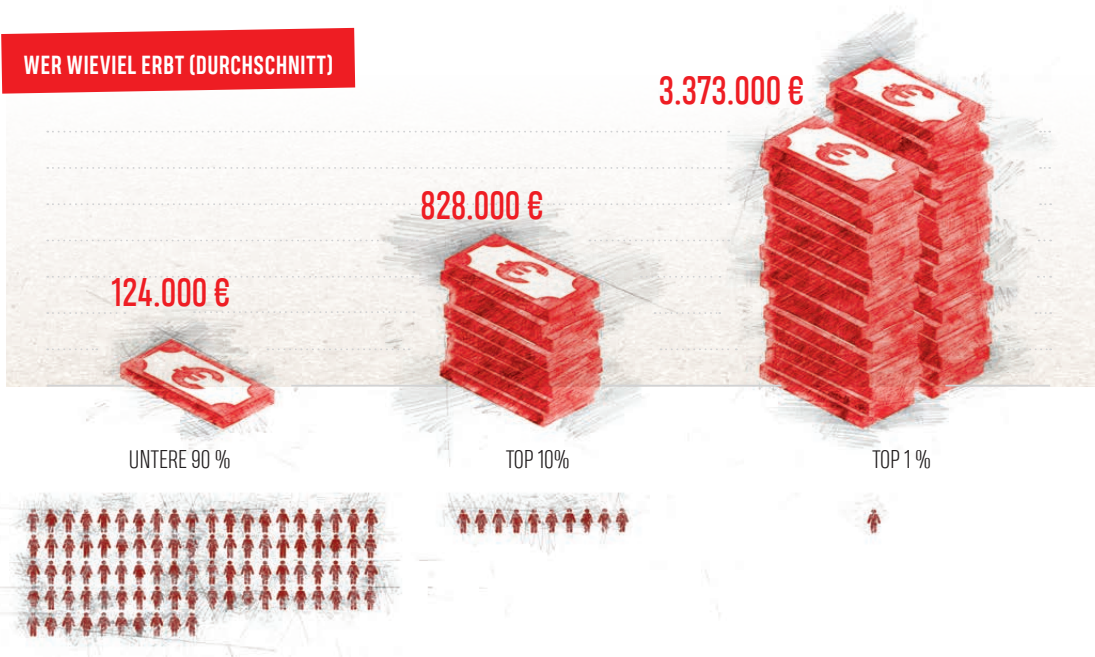
Wer erbt wieviel?

Konkrete Zahlen zu den Erbschaften verdeutlichen zudem die großen Unterschiede zwischen

Erbschaften. Nur etwa jeder dritte Haushalt der unteren 90 % in der Vermögensverteilung erhält ein Erbe in Form von Fahrzeugen, Immobilien oder finanziellem Vermögen. Dabei geht es im Durchschnitt um etwa 120.000 Euro. Je reicher ein Haushalt ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit zu erben. Für die reichsten 10 % liegt die Wahrscheinlichkeit auf eine Erbschaft bei 71,1 % und das durchschnittlich erhaltene Erbe beläuft sich auf etwa 830.000 Euro. Diese Daten zeigen allerdings nur die Untergrenze, da die reichsten Haushalte kaum an freiwilligen Befragungen teilnehmen und ihre Wahrscheinlichkeit zu erben bzw. ihr Erbvolumen noch deutlich höher sein dürften.

Für all jene, die keine Erbschaft erwarten können, gibt es zudem eine schlechte Nachricht: In Österreich tragen Unterschiede zwischen Erbschaften gleich viel zur Vermögensungleichheit bei wie die Unterschiede im Haushaltseinkommen. Das Glück der Geburt hat also etwa denselben Effekt wie der persönliche Arbeitseinsatz in der Arbeitswelt. Natürlich spielen auch andere Faktoren wie Ausbildung eine Rolle, aber die sind in Relation zu Einkommen und Erbschaft weniger wichtig.

WER WIEVIEL ERBT (DURCHSCHNITT)



Die dargestellten Fakten zeigen, dass wohlhabendere Haushalte viel wahrscheinlicher und um ein Vielfaches mehr erben als die Mehrheit aller Haushalte. Bildlich gesprochen erhalten ärmere Haushalte, sofern sie überhaupt erben, ein Fahrzeug oder einen Schrebergarten, während reichere Haushalte ein stattliches Eigenheim oder gar das Familienunternehmen erben. Diese Fortschreibung von Ungleichheit über Generationen hinweg steht einer echten Chancengerechtigkeit klar im Weg. Erbschafts- und Vermögenssteuern können dem Abhilfe schaffen.

Zum Weiterlesen:

Fessler, Pirmin / Schürz, Martin (2015): *Private wealth across European countries: the role of income, inheritance and the welfare state*. ECB Working Paper Series No. 1847.

Leitner, Sebastian (2016): *Drivers of wealth inequality in euro area countries: the effect of inheritance and gifts on household gross and net wealth distribution analysed by applying the Shapley value approach to decomposition*, *European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention* 13 (1), 114-136.

Leitner, Sebastian (2018): *Factors driving wealth inequality in European countries*, AK Working Paper No. 177, <http://bit.do/ak008>

Tiefensee, Anita (2016): *Erbschaften in Österreich: Wer viel verdient, bekommt am meisten*, A&W-Blog, 9. Mai, <http://bit.do/ak009>

Linktipp: www.verteilung.at

FAKTEN

- Nur einer von drei Haushalten der unteren 90 % der Bevölkerung erbt überhaupt etwas. Im Durchschnitt beträgt diese Erbschaft 120.000 Euro.
- Im Gegensatz dazu erben innerhalb der reichsten 10 % drei von vier Haushalten. Ihre Erbschaft ist mit 830.000 Euro fast sieben Mal höher als die durchschnittliche Erbschaft der restlichen 90 %. Im reichsten Prozent macht die durchschnittliche Erbschaft sogar 3,4 Mio. Euro aus.
- Erbschaften sind in Österreich ein zentraler Grund für die ungleiche Verteilung der Vermögen.
- Haushalte, die geerbt haben, besitzen deutlich mehr Vermögen als jene, die nichts geerbt haben.

WAS BRINGEN VERMÖGENS- UND ERBSCHAFTSSTEUERN?

Zwei Steuern können einer fortlaufenden Vermögenskonzentration entgegenwirken: Vermögens- und Erbschaftssteuern. Eine jährliche Steuer auf sehr hohe Nettovermögen verringert den Abstand zwischen den Reichsten und dem Rest der Gesellschaft. Mit der Besteuerung von Vermögensübertragungen, wie Erbschaften und Schenkungen, kann verhindert werden, dass sich die Vermögenskonzentration über Generationen hinweg einementiert. Internationale Institutionen wie die OECD, aber auch renommierte Verteilungsexperten wie Thomas Piketty schlagen daher vermögensbezogene Steuern vor.

Was die Vermögenssteuer bringt

Eine Studie der JKU Linz hat mehrere Steuermodelle, unter anderem mit Freibeträgen von 1 Million Euro durchgerechnet. Das Resultat: Selbst mit großzügig veranschlagten Ausweicheffekten könnte eine sinnvoll ausgestaltete Vermögenssteuer mehrere Milliarden Euro zur Finanzierung öffentlicher Leistungen einbringen. Mit diesem Aufkommen könnte man beispielsweise auch die Steuern auf Arbeitseinkommen reduzieren.

Erbschaften gewinnen an Bedeutung

Seit 2008 gibt es in Österreich keine Erbschafts- und Schenkungssteuer mehr. Daten aus dem letzten Jahr der Erbschaftssteuer zeigen allerdings eine brisante Konzentration von vererbten Vermögen: Die vier größten Erbschaften sorgten für rund 25 % des Steueraufkommens. Zwei Faktoren lassen den Schluss zu, dass Erbschaften in naher Zukunft ein immer größeres Gewicht erhalten: Erstens er-

reicht die Babyboomer-Generation der Nachkriegsjahre ihre Lebenserwartung und zweitens vollzog diese Generation ihren Vermögensaufbau in wirtschaftlich florierenden Zeiten. Mit den Daten aus dem HFCS kann geschätzt werden, wie groß das in Zukunft zu erwartende jährliche Erbschaftsvermögen sein wird. Hier zeigt sich: Das jährliche Erbschaftsvolumen steigt von rund 10 Mrd. Euro im Jahr 2015 auf deutlich über 20 Mrd. Euro im Jahr 2040.

Da Erbschaften stark an Bedeutung gewinnen, ist auch ein steigendes Aufkommen aus Erbschaftssteuern zu erwarten. Dies könnte finanzielle Mittel bringen, die etwa im Pflegebereich dringend notwendig sind. Somit würde der demographische Wandel nicht nur für einen höheren Pflegebedarf sorgen, sondern auch gleich die Finanzierungsquelle dazu liefern. Eine sinnvoll gestaltete Erbschaftssteuer könnte heute zwischen 600 und 800 Mio. Euro pro Jahr einspielen, langfristig aufgrund des steigenden Erbvolumens sogar deutlich mehr.

„[Man kann] Erbschaften und Grundbesitz progressiver besteuern und dafür Einkommen entlasten.“

Thomas Piketty (Paris School of Economics)

Zum Weiterlesen:

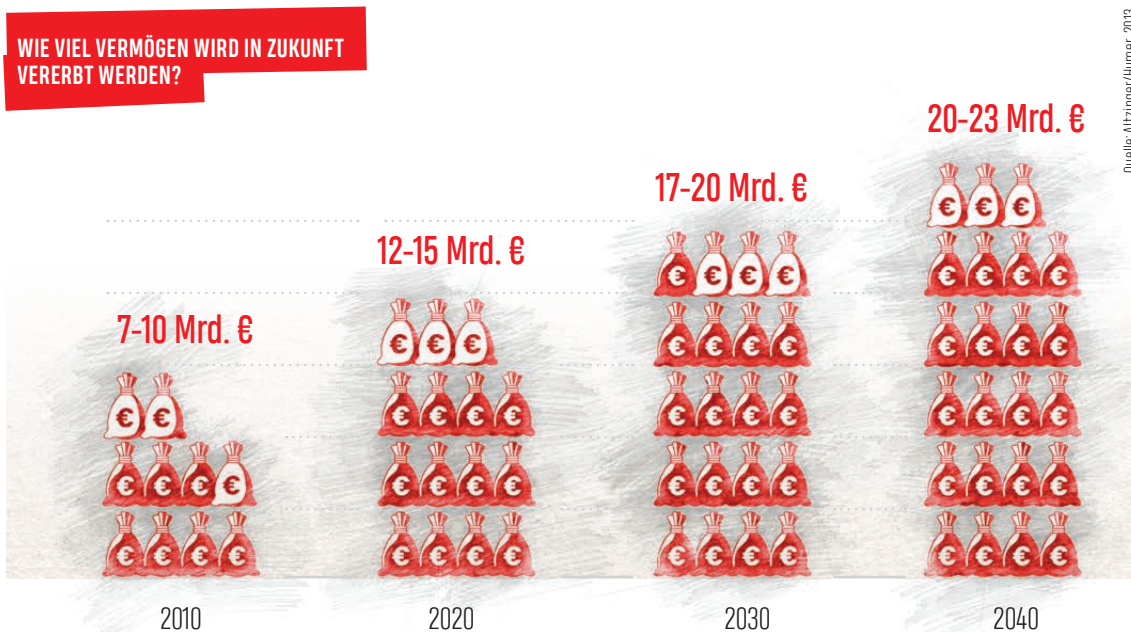
Altzinger, Wilfried/Humer, Stefan (2013): *Simulation des Aufkommens verschiedener Erbschaftsbesteuerungen*, Studie WU Wien.

Ferschli, Benjamin/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard/Wildauer, Rafael (2017): *Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich*, AK Working Paper No. 167, <http://bit.do/ako10>

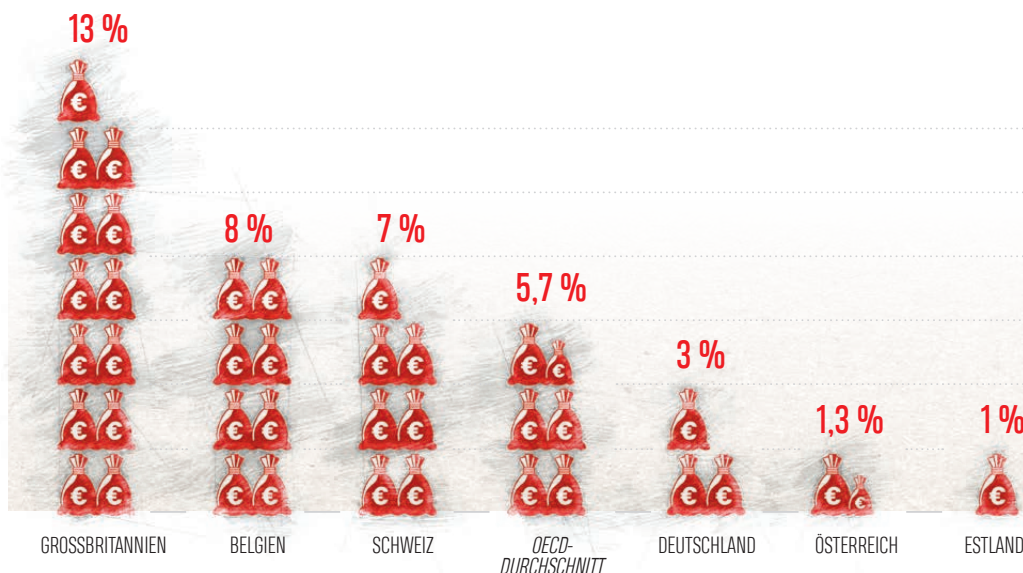
Linktipp: <http://www.binichreich.at/>

FAKTEN

- Erbschaftssteuern können selbst mit hohen Freibeträgen ein **Aufkommen in Milliardenhöhe einbringen** und gleichzeitig die Vermögenskonzentration eindämmen.
- Die **vier größten Erbschaften** sorgten im letzten Jahr der Erbschaftsteuer 2008 für rund **25 % des Erbschaftsteueraufkommens**.
- Erbschaften werden in den **nächsten Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung gewinnen**. Dadurch steigt auch das finanzielle Potenzial einer Erbschaftsteuer, z. B. für die Finanzierung von Pflegedienstleistungen.



WELCHEN ANTEIL HABEN VERMÖGENSBEZOGENE STEUERN AM GESAMTEN STEUERAUFKOMMEN?



VERMÖGENSBEZOGENE STEUERN

WIEVIEL TRAGEN VERMÖGEN ZUM STEUERKUCHEN BEI?

Rückgang bei Vermögensbesteuerung

In Österreich wird seit 1995 keine Vermögenssteuer und seit 2008 keine Erbschaftssteuer mehr eingehoben. Mit deren Abschaffung fielen zwei wichtige Pfeiler der vermögensbezogenen Steuern weg. Diese politischen Entscheidungen reihen sich nahtlos in eine internationale Tendenz der geringeren Besteuerung von Vermögen ein. Während 1990 noch 12 OECD-Staaten Vermögenssteuern einhoben, waren es 2017 nur noch vier. Somit haben die Reichsten ihre Interessen in vielen Ländern

politisch durchgesetzt. Österreich schneidet im OECD-Vergleich bei vermögensbezogenen Steuern besonders schlecht ab. Nur in der Slowakei und Estland liefern Vermögen einen kleineren Beitrag zum Steuerkuchen als in Österreich. Mit 1,3 % des Steueraufkommens liegt Österreich bei den Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern weit unter dem OECD-Schnitt von 5,7 %. Auf den hintersten Plätzen in dieser Reihung verharret Österreich nun schon seit mehreren Jahren.

„Die jüngsten Entwicklungen in der Vermögensverteilung haben die Argumente für Vermögenssteuern verstärkt.“

OECD (2018)

Steuerlast verschiebt sich von Kapital zu Arbeit

Die Steuerlast hat sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr von Kapital zum Faktor Arbeit verschoben. Steuern auf Arbeitseinkommen, inklusive Sozialversicherungsabgaben, machten zuletzt rund 64 % des Aufkommens aus, Vermögen nur 1,3 %. 1965 waren es noch gut 50 %, während Vermögen noch 4 % beitrugen. Die Verschiebung der Steuerlast ist vor dem Hintergrund der im selben Zeitraum deutlich gefallen Lohnquote noch dramatischer. Der Anteil von Löhnen am Volkseinkommen ist gegenüber den Unternehmensgewinnen in den letzten 50 Jahren kräftig zurückgegangen. Damit beruht die finanzielle Tragfähigkeit des Wohlfahrtsstaates immer mehr auf dem Faktor Arbeit, obwohl dessen Anteil am Volkseinkommen sinkt.

Vermögenskonzentration schadet der Demokratie

Warum ist ein höherer Beitrag von Vermögen zum Steuerkuchen wichtig? Es geht um die Verringerung der Vermögenskonzentration. Eine hohe Ungleichheit gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und hat negative Folgen auf die Demokratie. Die Finanzierung wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften wie Gesundheits- und Pflegeleistungen, Armutsbekämpfung, öffentliche Infrastruktur oder Bildungseinrichtungen erfordern einen fairen Beitrag der Reichsten. Denn auch sie profitieren von einem hohen Lebensstandard für die breite Bevölkerung und von sozialem Frieden. Die OECD empfiehlt daher vermögensbezogene

Steuern in jenen Ländern auszubauen, in denen hohe Vermögensungleichheit herrscht, Vermögensübertragungen gar nicht und Kapitaleinkommen nur proportional besteuert werden. Österreich ist dafür das Paradebeispiel, es fehlt allein der politische Wille.

Zum Weiterlesen:

OECD (2018): *The Role and Design of Net Wealth Taxes in the OECD*, OECD Tax Policy Studies No. 26, <http://bit.do/ako11>

Linktipp: www.verteilung.at

FAKTEN

- Beim Beitrag von vermögensbezogenen Steuern zum gesamten Steueraufkommen **liegt Österreich in der OECD an drittletzter Stelle**, nur knapp vor der Slowakei und Estland.
- Vermögensbezogene Steuern trugen 2016 in Österreich rund 1,3 % zum Steuerkuchen bei, **1965 waren es noch rund 4 %**.
- Die hohe Vermögenskonzentration in Österreich **erfordert eine Umverteilung durch das Steuersystem**, z. B. durch eine Besteuerung sehr hoher Vermögen und die Wiedereinführung einer Erbschaftssteuer.
- Ein Ziel einer stärkeren Besteuerung hoher Vermögen ist die steuerliche **Entlastung für den Faktor Arbeit**.

STEUERVERMEIDUNG

WIE KONZERNE UND REICHE DEN STAAT HINTERGEHEN

Von legal bis illegal

Steuervermeidung beschreibt das Ausnützen gesetzlicher Schlupflöcher in Steuersystemen mit dem Zweck, die Steuerpflicht zu umgehen. Multinationale Konzerne sowie wohlhabende Privatpersonen verschieben ihre Unternehmensgewinne und Einkommen in sogenannte Steueroasen oder besser: Steuersümpfe. Dort fallen deutlich geringere Steuern als in jenem Land an, in dem die Gewinne bzw. Einkommen tatsächlich erwirtschaftet wurden. Auf diese Weise entziehen sich Superreiche ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, obwohl sie alle Rechte und Vorzüge ihres Wohnsitzlandes nutzen. Der Grat zwischen legaler Steuervermeidung und der illegalen Steuerhinterziehung ist schmal: Die rechtswidrige Form liegt dann vor, wenn Vermögen und Einkommen gegenüber den Finanzbehörden nicht vollständig deklariert werden.

Unternehmenssteuern sinken seit 30 Jahren

Im Kampf um die äußerst mobilen Unternehmensgewinne und Einkommen liefern sich manche Staaten und insbesondere Steuersümpfe ein

„Ungleichheit ist die große Sorge unserer Zeit. Warum also tolerieren wir habgierige, ungerechte Steueroasen?“

Gabriel Zucman (University of California, Berkeley)

Rennen um die niedrigsten Steuern. Ein internationales Forscherteam rund um den Ökonomen Gabriel Zucman belegt dies auch mit Zahlen. Diese zeigen, dass die durchschnittlichen Unternehmenssteuersätze zwischen 1985 und 2018 von 49 % auf 24 % gefallen sind. Diese verheerenden Entwicklungen führen zu einem drastischen Rückgang an Steuereinnahmen. Laut einem Bericht der EU-Kommission entgehen den Ländern der EU alleine durch Steuervermeidung jährlich rund 1.000 Mrd. Euro an Steuereinnahmen. Man könnte damit zehn Jahre lang sämtliche Schulen, Spitäler und alle Leistungen des österreichischen Sozialstaates finanzieren.

WO LIEGEN DIE GRÖSSTEN STEUERSÜMPFE DER WELT?



Quelle: Financial Secrecy Index, 2018

Gewinnen dort besteuern, wo sie anfallen

Man muss dieser Entwicklung aber nicht tatenlos zusehen. Neben einer länderbezogenen Finanzberichterstattung ist ein EU-weiter Mindestkörperschaftssteuersatz nötig. Ziel muss sein, Gewinne dort zu besteuern, wo sie erwirtschaftet werden und den Steuerwettbewerb nach unten zu beenden. Gesetze gegen die Steuersümpfe müssen einfacher durchgesetzt werden können, dazu braucht es einen Wechsel vom derzeit geltenden Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen, hin zu dem bei den meisten EU-Themen gültigen Mehrstimmigkeitsprinzip. Außerdem gilt es strengere Straf- und Haftungsbestimmungen für all jene umzusetzen, die Dienstleistungen zur Steuervermeidung anbieten. Umgekehrt müssen Personen, die Steuerhinterziehungs- und Steuervermeidungspraktiken aufdecken geschützt, und nicht wie derzeit strafrechtlich verfolgt werden.

Zum Weiterlesen:

Süddeutsche Zeitung (2018): *Paradise Papers – Die Schattenwelt des großen Geldes*, <http://bit.do/ako12>

Tørsløv, Thomas/Wier, Ludvig/Zucman, Gabriel (2018): *The Missing Profits of Nations*, NBER Working Paper 24701.

Zucman, Gabriel (2014): *Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird*. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Linktipp: www.diekriseverstehen.net

FAKTEN

- **Multinationale Konzerne und wohlhabende Einzelpersonen nutzen die Vorzüge ausgebauter Wohlfahrtsstaaten**, in denen sie wirtschaftlich tätig sind, stehlen sich durch Steuervermeidung aber aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung.
- Der Wettlauf der Länder um die niedrigsten Unternehmenssteuersätze schadet der Allgemeinheit: **Die durchschnittlichen Steuersätze fielen zwischen 1985 und 2018 von 49 % auf 24 %.**
- Das bringt für viele Staaten erhebliche Verluste: Die EU Kommission spricht von **einem EU-weiten Verlust von 1.000 Mrd. Euro jährlich.**

WARUM IST DAS ÖFFENTLICHE VERMÖGEN SO WICHTIG?

Was ist öffentliches Vermögen?

Das öffentliche Vermögen setzt sich aus öffentlicher Infrastruktur wie Schulen, Spitälern und anderen Gebäuden, Verkehrswegen, öffentlichen Transportmitteln, Grundstücken, Seen, Wäldern, Kunstgegenständen und vielem mehr zusammen. Wie bei anderen Haushalten auch, muss beim Staat der Schuldenstand dem Vermögen gegenübergestellt werden, um eine ausgewogene Perspektive zu wahren.

Öffentliches Vermögen ist noch ungenauer erfasst als privates Vermögen. In Österreich gibt es daher nur Schätzungen, wie hoch dieses ist. Dabei wäre eine genaue Erfassung von großer Bedeutung, unter anderem um einzuschätzen, welches Vermögen im Falle einer Privatisierung der Allgemeinheit entzogen wird bzw. in welcher Relation der Verkaufspreis dazu steht. Aktuelle Schätzungen gehen von einem öffentlichen Vermögen von mehr als 400 Mrd. Euro aus.

Öffentliches Vermögen ist gesunken

In den letzten Jahrzehnten ist das öffentliche Nettovermögen (Saldo aus Vermögen und Schulden) in vielen europäischen Ländern allerdings gesunken, während das Privatvermögen gestiegen ist. In Deutschland und Frankreich ist es nur mehr leicht positiv. Der Hauptgrund liegt im Rückbau der Staatsaufgaben in den letzten Jahrzehnten: Staatsbeteiligungen ebenso wie Investitionen in den Wohlfahrtsstaat (etwa sozialer Wohnbau)

wurden zurückgefahren oder gar privatisiert. Die Länder haben dadurch weniger Spielraum zur Regulierung der Wirtschaft, zur Umverteilung von Einkommen und zur Bekämpfung der wachsenden Ungleichheit.

Öffentliches Vermögen ist unser Vermögen

Besonders wichtig ist das öffentliche Vermögen für all jene Menschen, die nicht ihr Geld für sich arbeiten lassen können. Ein öffentliches Gesundheits-, Bildungs- und Pensionssystem, öffentlichen Wohnbau und öffentlichen Verkehr brauchen all jene, die nicht auf die Butterseite des Lebens gefallen sind. Das öffentliche Vermögen ermöglicht einen hohen Lebensstandard für alle Menschen. In absoluten Zahlen verdoppelt das öffentliche Vermögen sogar das Privatvermögen der „unteren“ 90 %. Eine progressive Wirtschaftspolitik muss daher in das Vermögen des Sozialstaats investieren.

„Das öffentliche Vermögen und damit die gesamte Bevölkerung und Gesellschaft zu stärken ist das nobelste Ziel einer emanzipatorischen Wirtschaftspolitik.“

Markus Marterbauer (AK Wien)

Zum Weiterlesen:

Alvaredo, Facundo/Chancel, Lucas/Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2018): Bericht zur weltweiten Ungleichheit. Kurzfassung, World Inequality Lab <http://bit.do/ak013>

Feigl, Georg (2017): Öffentliche Vermögen – abseits der Schuldenparanoia, A&W Blog, 12. September, <http://bit.do/ak014>

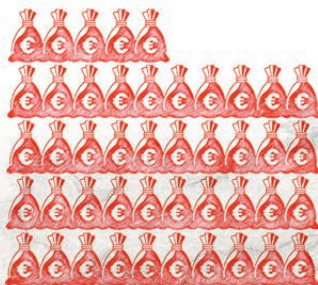
Marterbauer, Markus (2018): Die Schulden sinken. Was jetzt? A&W Blog, 1. Februar, <http://bit.do/ak015>

Linktipp: www.stopausterity.eu

FAKTEN

- Das öffentliche Vermögen steht den öffentlichen Schulden gegenüber. Es besteht aus **öffentlicher Infrastruktur wie Schulen, Spitälern, öffentlichen Verkehrswegen, Straßen, dem öffentlichen Wohnbau** sowie aus Finanzmitteln und Unternehmensbeteiligungen.
- Die Höhe des öffentlichen Bruttovermögens (nicht mit Schulden gegengerechnet) beträgt **in Österreich über 400 Mrd. Euro**.
- Öffentliches Vermögen kommt der Allgemeinheit zugute. Es „verdoppelt“ das Privatvermögen der unteren 90 %.

ÖFFENTLICHES VERMÖGEN UND PRIVATES VERMÖGEN DER UNTEREN 90%



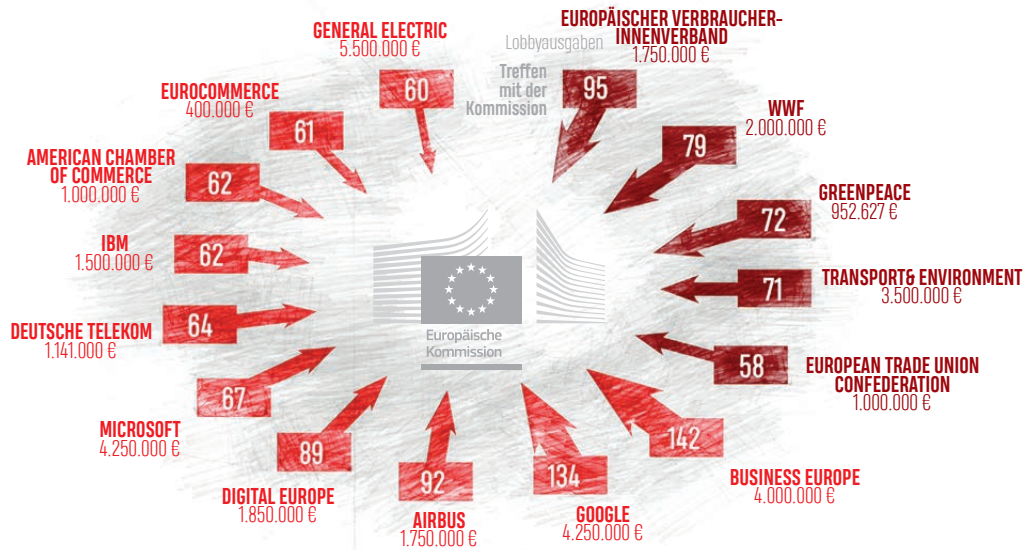
**DIE UNTEREN 90% DER BE-
VÖLKERUNG BESITZEN 450 MRD.
PRIVATVERMÖGEN**



**DAZU KOMMEN 400 MRD.
AN ÖFFENTLICHEM VERMÖGEN**

Quelle: Marterbauer, 2018

ORGANISATIONEN/UNTERNEHMEN MIT DEN MEISTEN LOBBYTREFFEN AUF HOHER KOMMISSIONSEBENE



Quelle: Ey/Wagner, 2017

VERMÖGENSKONZENTRATION UND MACHT

WELCHEN EINFLUSS HAT VERMÖGEN AUF DIE POLITIK?

Die demokratiepolitischen Konsequenzen großer (Vermögens-)Ungleichheit stehen schon seit vielen Jahren im Zentrum politischer und wissenschaftlicher Diskussionen. Wie Anthony Atkinson, einer der bedeutendsten Ungleichheitsforscher unserer Zeit schreibt, ist die Zunahme sozialer Ungleichheit eine Folge der Verschiebung der Machtbalance zwischen Arbeit und Kapital. Gleichzeitig verstärkt die soziale Ungleichheit diese Machtasymmetrie aber auch weiter. Zunehmende soziale Ungleichheit führt zu Ungleichheit bei der politischen Mitsprache: Mit einem höheren sozialen Status steigen sowohl die Chancen

sich politisch einbringen zu können, als auch die Chancen mit den eigenen Anliegen gehört zu werden. Das heißt: Je weiter oben man sich auf der sozialen Skala befindet, desto eher ist man in der Lage, die politische Agenda zu beeinflussen. Elisabeth Jacobs, eine amerikanische Wissenschaftlerin, zeigt etwa am Beispiel des Abstimmungsverhaltens des US-Senats, dass sich die politischen Positionen der Kapitaleseite eher in den beschlossenen politischen Maßnahmen wiederfinden als die Forderungen von ArbeitnehmerInnen bzw. aus der Zivilgesellschaft.

Machtfaktor Vermögen

Das liegt unter anderem an den engen, teilweise auch persönlichen Verflechtungen zwischen Großkonzernen, Unternehmensverbänden und ihren BeraterInnen auf der einen Seite sowie politischen EntscheidungsträgerInnen auf der anderen Seite. Es kommt auch immer wieder zu beruflichen Seitenwechseln von politischen EntscheidungsträgerInnen hin zu lukrativen Jobs in der Privatwirtschaft und umgekehrt (sogenannter „Drehtüreffekt“). Zudem hat die Kapitaleite auch deutlich mehr finanzielle Mittel, um ihren Anliegen politisches Gehör zu verschaffen. (Privates) Vermögen ist damit eine Ressource, die zur Machtausübung eingesetzt werden kann.

Die Europäische Union ist ein gutes Beispiel dafür: Hier wird Lobbying vor allem von Unternehmen betrieben. Laut Angaben der EU-Kommission fanden drei Viertel der Treffen mit LobbyistInnen mit VertreterInnen der Unternehmensseite statt. Am meisten finanzielle Mittel für Lobbying gaben die großen US-Konzerne General Electric, Google sowie Microsoft aus.

Zeitalter der Postdemokratie

Der britische Politikwissenschaftler und Soziologe Colin Crouch argumentiert, dass durch die enge Verflechtung von Politik und Wirtschaft die Demokratie Schaden genommen hat. Er nennt diese Entwicklungen das Zeitalter der Postdemokratie, indem die Demokratie zwar formal und rechtlich abgesichert, aber real stark geschwächt ist, da die relevanten Entscheidungen nicht mehr von demokratisch legitimierten politischen VertreterInnen, sondern von einer kleinen politischen bzw. wirtschaftlichen Elite gefällt werden. Der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz bezeichnet die Frage nach dem Erhalt der Demokratie daher auch als die Hauptfrage des 21. Jahrhunderts. Die Reduktion der Ungleichheit bei den Vermögen wäre dafür ein erster wichtiger Schritt.

Zum Weiterlesen:

Atkinson, Anthony (2016): *Ungleichheit, Was wir dagegen tun können*, Stuttgart: Klett-Cotta.

Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.

Ey, Frank/Wagner, Alice (2017): *Wer das Geld hat*,

„Die Hauptfrage heute dreht sich nicht um das Kapital im 21. Jahrhundert. Vielmehr geht es um die Demokratie des 21. Jahrhunderts.“

Joseph E. Stiglitz (Columbia University)

macht die Gesetze. Zur Übermacht der Großkonzerne in der EU und den (bislang) zu kurz greifenden Regulierungsschritten, In: Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/Schenk, Martin/Schürz, Martin (Hrsg.): Handbuch Reichtum, Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung, Innsbruck: Studienverlag, 348-363.

Jacobs, Elisabeth (2017): Everywhere and Nowhere: Politics in Capital in the Twenty-First Century. In: Boushey, Heather/DeLong, J. Bradford/Steinbaum, Marshall (Hrsg.): After Piketty. The Agenda for Economics and Inequality, 512-542.

Rehm, Miriam/Schnitzer, Matthias (2015): Vermögenskonzentration und Macht, Der blinde Fleck der Mainstream-Ökonomie, In: Kurswechsel 2 (2015): 69-79.

Stiglitz, Joseph (2014): Das Kapital der Demokratie im 21. Jahrhundert. Kommentar der Anderen, in:

<http://bit.do/ako16>

Linktipp: www.reichtumsmaythen.at

FAKTEN

- Je weiter oben man sich auf der Vermögensskala befindet, **desto eher ist man in der Lage die politische Agenda zu beeinflussen.**
- Das liegt **an engen, persönlichen Verflechtungen zwischen Großkonzernen, Unternehmensverbänden und ihren BeraterInnen** sowie politischen EntscheidungsträgerInnen. Außerdem verfügt die Kapitaleite über viel mehr finanzielle Mittel, um ihren Anliegen politisches Gehör zu verschaffen.
- Am Beispiel der EU zeigt sich das besonders deutlich: Rund **drei Viertel aller Termine** auf höchster Kommissionsebene sind mit LobbyistInnen auf Unternehmenseite.

STEUERGERECHTIGKEIT

UNGLEICHHEIT BETRIFFT UNS ALLE!

12

Dass Vermögen in Österreich höchst ungleich verteilt ist und nur ganz wenige die Chance haben reich zu werden, ist wissenschaftlich belegt. Trotz dieser Erkenntnisse und den laufenden politischen Auseinandersetzungen hat sich an der deutlichen Schieflage in der Vermögensverteilung bislang kaum etwas verändert. Der wohl wichtigste Grund liegt in den gegenwärtigen politischen und ökonomischen Machtverhältnissen, die eine Politik im Interesse der Vermögenden begünstigen. Aber wie sieht es bei der breiten Mehrheit der Bevölkerung aus? Wie steht sie zu der zunehmenden Ungleichheit und ihren Folgen? Kann eine fortschrittliche Politik an den Einstellungen in der Bevölkerung anknüpfen oder sind hier keine Mehrheiten zu finden?

Konsens: Soziale Ungleichheit wächst

Doch, es gibt diese Mehrheiten! Wie Daten der Oesterreichischen Nationalbank zeigen, ist die Kritik an den gesellschaftlichen Folgen von „zu großem Reichtum“ in der österreichischen Bevölkerung sehr hoch: Fast 70 % der ÖsterreicherInnen stimmen der Aussage „Reiche Menschen genießen im Leben Vorteile, die ungerechtfertigt sind“ zu. Ähnlich viele bejahen die Aussage, dass „zu großer Reichtum einiger weniger zu Problemen in der Gesellschaft führen wird“. Auch dass „niemand bessere Möglichkeiten im Leben haben sollte, nur weil er/sie viel geerbt hat“ erfährt breite Unterstützung. Es gibt seit Jahrzehnten in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Erhebungen einen stabilen Konsens in der österrei-

chischen Bevölkerung, dass die soziale Ungleichheit weiter wächst und schädlich für die gesellschaftliche Entwicklung ist.

Demgegenüber sind die Einstellungen zu Maßnahmen für weniger Ungleichheit, wie der Einführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern, schwankend und abhängig von tagesaktuellen Debatten. Mal gibt es knappe, mal deutliche Mehrheiten, mal eher Minderheiten.

Viele Umfragen zeigen, dass insbesondere bei Vermögenssteuern eine Mehrheit in der Bevölkerung durch eine konsequente öffentliche Debatte in Reichweite ist. Bei den Erbschaftssteuern sind die ÖsterreicherInnen in der Regel etwas zurückhaltender eingestellt. Das liegt auch daran, dass viele Menschen das Gefühl haben, möglicherweise selbst von einer Einführung betroffen zu sein. Obwohl bei den aktuell diskutierten Freibeträgen nur etwa 5 % der Erbschaften überhaupt betroffen wären. Erbschaftssteuern sind auch oft mit dem sehr emotionalen Ver-

***„Gegenhegemonie aufbauen
(meint auch) Auseinander-
setzungen in einer breiteren
Öffentlichkeit (und) Kämpfe
gegen Kapital- und Unter-
nehmensmacht führen.“***

Ulrich Brand (Universität Wien)

WIE DENKT DIE ÖSTERREICHISCHE BEVÖLKERUNG ÜBER VERMÖGENSUNGLEICHHEIT?

„Niemand sollte bessere Möglichkeiten im Leben haben, nur weil er / sie viel geerbt hat“



„Zu großer Reichtum einiger weniger führt zu Problemen in der Gesellschaft“



„Reiche Menschen genießen im Leben Vorteile, die ungerechtfertigt sind“



Quelle: Weiss/Hofmann, 2016

lust eines geliebten Menschen verbunden, was eine faktenbasierte und sachliche Diskussion erschwert.

Mehrheit durch Aufklärung

Um hier klare politische Mehrheiten zu erreichen, braucht es Transparenz und Aufklärung über die konkrete Ausgestaltung von Erbschafts- und Vermögenssteuern. Denkt man an die breite Kritik an den gesellschaftlichen Folgen sozialer Ungleichheit ist es klar, dass Mehrheiten erreicht werden können. Eine demokratische Mehrheit kommt aber nicht von selbst! Dafür gilt es über die konkreten Ungleichheitsverhältnisse weiter zu informieren und eine stetige politische Debatte zu diesen Themen zu führen. Es gilt, sich in dieser entscheidenden Fragen aber auch gegen die Interessen einer kleinen Elite der reichsten 5 % durchzusetzen. Denn die Einführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern wäre ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Gleichheit und Gerechtigkeit!

Zum Weiterlesen:

Hofmann, Julia (2016): Ist Reichtum schlecht für die Gesellschaft? <http://bit.do/ako17>

Melchior, Josef (2015): Gerechtigkeitsurteile und Reich-

tum in Österreich. <http://bit.do/ako18>

Rehm, Miriam/Schnetzer, Matthias (2018): Klare Mehrheit für eine Vermögenssteuer – kleine Elite dagegen. <http://bit.do/ako19>

Weiss, Hilde/Hofmann, Julia (2016): Reichtum – Legitimation und Kritik Der Einfluss von Klassenlagen, Vermögen und subjektiven Einschätzungen auf Einstellungen zum Reichtum in Österreich.

<http://bit.do/ako20>

FAKTEN

- Die österreichische Bevölkerung kritisiert die gesellschaftlichen Folgen von „zu großem Reichtum“ und der Reichtumskonzentration.
- Viele Umfragen zeigen breite Mehrheiten für Vermögens- und Erbschaftssteuern gegen die steigende Vermögenskonzentration.
- Mit Maßnahmen zur Vermögenstransparenz und dem steten Führen politischer Debatten lassen sich diese aber erlangen.

EINE POLITIK FÜR DIE VIELEN, NICHT DIE WENIGEN

In gleicheren Gesellschaften leben alle Menschen besser. Ungleichheiten abzubauen heißt also die Lebensqualität zu verbessern. Dieses Ziel kann über eine breite Palette an Maßnahmen erreicht werden.

- ☐ **VERMÖGEN BESTEUERN:** Eine Steuer auf hohe Vermögen ist notwendig, um die wachsende Ungleichheit zu stoppen und für eine gerechtere Verteilung des materiellen Wohlstands zu sorgen. Die Umverteilung durch eine Vermögenssteuer in Kombination mit dem Ausbau sozialstaatlicher Leistungen trägt zudem zur Gleichstellung der Geschlechter bei.
- ☐ **VERMÖGENSEINKOMMEN STÄRKER BESTEUERN:** Die meisten leistungslosen Vermögenseinkommen sind steuerlich deutlich bessergestellt als Arbeitseinkommen. Die Einführung einer progressiven Besteuerung für Vermögenseinkommen bringt mehr Gerechtigkeit für arbeitende Menschen.
- ☐ **HOHE ERBSCHAFTEN BESTEUERN:** Durch die Vererbung großer Vermögen wird die Ungleichheit über Generationen hinweg einzementiert. Erbschafts- und Schenkungssteuern wirken dem entgegen und sind gleichzeitig eine Finanzierungsquelle für einen Wohlfahrtsstaat, der allen Menschen nutzt.
- ☐ **MANAGERGEHÄLTER BEGRENZEN:** Das Verhältnis zwischen Löhnen und Mangergehältern wird immer ungleicher. Es braucht Höchstgrenzen für die Vergütung von Managern und eine angemessene Relation zwischen Vorstandsvergütung und Einkommen der Belegschaft.
- ☐ **WOHLFAHRTSSTAAT AUSBAUEN:** Ein gut ausgebauter Wohlfahrtsstaat schafft mehr Chancen für alle Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen und unabhängig von ihrem Vermögen. Der Wohlfahrtsstaat ist das Vermögen der breiten Masse der Bevölkerung, das durch eine größere Beteiligung von Vermögenden an seiner Finanzierung gestärkt wird.
- ☐ **ÖFFENTLICHES VERMÖGEN STÄRKEN:** Das öffentliche Vermögen (Schulen, Spitäler, öffentlicher Verkehr, Wohnbau, Unternehmen, u. a.) kommt der Allgemeinheit zugute. Eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik muss daher in das Vermögen des Sozialstaats investieren und es ausbauen. Eine mögliche Form der Organisation öffentlichen Vermögens ist ein Staatsfonds, der unter gesellschaftlicher Mitbestimmung geführt wird.
- ☐ **EINFLUSS VON GELD UND VERMÖGEN AUF POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN ZURÜCKDRÄNGEN:** Geld und soziale Netzwerke der Reichen dürfen nicht über unsere Demokratie bestimmen. Neben einer Reduktion der ökonomischen Ungleichheit sind klare Regeln und mehr Transparenz bei der politischen Einflussnahme der Vermögenden notwendig. Die demokratische Mitbestimmung der vielen muss gegen die politische Einflussnahme der wenigen verteidigt werden.
- ☐ **UNSERE FORDERUNGEN POLITISCH MEHRHEITSFÄHIG MACHEN:** Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse müssen verändert werden. Es ist unsere Aufgabe, die breit geteilte Überzeugung und die empirischen Fakten stärker in die politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu tragen: Große ökonomische und soziale Ungleichheit ist schlecht für die Gesellschaft.



*Bei Ungleichheit
zieht es uns
die Schuhe aus*

WWW.VERTEILUNG.AT

Marie Jahoda – Otto Bauer Institut.
Verein zur Förderung des Dialoges von Wissenschaft und Politik.



erdyke, who followed i
ntive commission table: con
b Two years ago, U.S

add on, be
not, which
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243
244
245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286
287
288
289
290
291
292
293
294
295
296
297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317
318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341
342
343
344
345
346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377
378
379
380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404
405
406
407
408
409
410
411
412
413
414
415
416
417
418
419
420
421
422
423
424
425
426
427
428
429
430
431
432
433
434
435
436
437
438
439
440
441
442
443
444
445
446
447
448
449
450
451
452
453
454
455
456
457
458
459
460
461
462
463
464
465
466
467
468
469
470
471
472
473
474
475
476
477
478
479
480
481
482
483
484
485
486
487
488
489
490
491
492
493
494
495
496
497
498
499
500
501
502
503
504
505
506
507
508
509
510
511
512
513
514
515
516
517
518
519
520
521
522
523
524
525
526
527
528
529
530
531
532
533
534
535
536
537
538
539
540
541
542
543
544
545
546
547
548
549
550
551
552
553
554
555
556
557
558
559
560
561
562
563
564
565
566
567
568
569
570
571
572
573
574
575
576
577
578
579
580
581
582
583
584
585
586
587
588
589
590
591
592
593
594
595
596
597
598
599
600
601
602
603
604
605
606
607
608
609
610
611
612
613
614
615
616
617
618
619
620
621
622
623
624
625
626
627
628
629
630
631
632
633
634
635
636
637
638
639
640
641
642
643
644
645
646
647
648
649
650
651
652
653
654
655
656
657
658
659
660
661
662
663
664
665
666
667
668
669
670
671
672
673
674
675
676
677
678
679
680
681
682
683
684
685
686
687
688
689
690
691
692
693
694
695
696
697
698
699
700
701
702
703
704
705
706
707
708
709
710
711
712
713
714
715
716
717
718
719
720
721
722
723
724
725
726
727
728
729
730
731
732
733
734
735
736
737
738
739
740
741
742
743
744
745
746
747
748
749
750
751
752
753
754
755
756
757
758
759
760
761
762
763
764
765
766
767
768
769
770
771
772
773
774
775
776
777
778
779
780
781
782
783
784
785
786
787
788
789
790
791
792
793
794
795
796
797
798
799
800
801
802
803
804
805
806
807
808
809
810
811
812
813
814
815
816
817
818
819
820
821
822
823
824
825
826
827
828
829
830
831
832
833
834
835
836
837
838
839
840
841
842
843
844
845
846
847
848
849
850
851
852
853
854
855
856
857
858
859
860
861
862
863
864
865
866
867
868
869
870
871
872
873
874
875
876
877
878
879
880
881
882
883
884
885
886
887
888
889
890
891
892
893
894
895
896
897
898
899
900
901
902
903
904
905
906
907
908
909
910
911
912
913
914
915
916
917
918
919
920
921
922
923
924
925
926
927
928
929
930
931
932
933
934
935
936
937
938
939
940
941
942
943
944
945
946
947
948
949
950
951
952
953
954
955
956
957
958
959
960
961
962
963
964
965
966
967
968
969
970
971
972
973
974
975
976
977
978
979
980
981
982
983
984
985
986
987
988
989
990
991
992
993
994
995
996
997
998
999
1000

1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026
2027
2028
2029
2030
2031
2032
2033
2034
2035
2036
2037
2038
2039
2040
2041
2042
2043
2044
2045
2046
2047
2048
2049
2050
2051
2052
2053
2054
2055
2056
2057
2058
2059
2060
2061
2062
2063
2064
2065
2066
2067
2068
2069
2070
2071
2072
2073
2074
2075
2076
2077
2078
2079
2080
2081
2082
2083
2084
2085
2086
2087
2088
2089
2090
2091
2092
2093
2094
2095
2096
2097
2098
2099
2100
2101
2102
2103
2104
2105
2106
2107
2108
2109
2110
2111
2112
2113
2114
2115
2116
2117
2118
2119
2120
2121
2122
2123
2124
2125
2126
2127
2128
2129
2130
2131
2132
2133
2134
2135
2136
2137
2138
2139
2140
2141
2142
2143
2144
2145
2146
2147
2148
2149
2150
2151
2152
2153
2154
2155
2156
2157
2158
2159
2160
2161
2162
2163
2164
2165
2166
2167
2168
2169
2170
2171
2172
2173
2174
2175
2176
2177
2178
2179
2180
2181
2182
2183
2184
2185
2186
2187
2188
2189
2190
2191
2192
2193
2194
2195
2196
2197
2198
2199
2200
2201
2202
2203
2204
2205
2206
2207
2208
2209
2210
2211
2212
2213
2214
2215
2216
2217
2218
2219
2220
2221
2222
2223
2224
2225
2226
2227
2228
2229
2230
2231
2232
2233
2234
2235
2236
2237
2238
2239
2240
2241
2242
2243
2244
2245
2246
2247
2248
2249
2250
2251
2252
2253
2254
2255
2256
2257
2258
2259
2260
2261
2262
2263
2264
2265
2266
2267
2268
2269
2270
2271
2272
2273
2274
2275
2276
2277
2278
2279
2280
2281
2282
2283
2284
2285
2286
2287
2288
2289
2290
2291
2292
2293
2294
2295
2296
2297
2298
2299
2300
2301
2302
2303
2304
2305
2306
2307
2308
2309
2310
2311
2312
2313
2314
2315
2316
2317
2318
2319
2320
2321
2322
2323
2324
2325
2326
2327
2328
2329
2330
2331
2332
2333
2334
2335
2336
2337
2338
2339
2340
2341
2342
2343
2344
2345
2346
2347
2348
2349
2350
2351
2352
2353
2354
2355
2356
2357
2358
2359
2360
2361
2362
2363
2364
2365
2366
2367
2368
2369
2370
2371
2372
2373
2374
2375
2376
2377
2378
2379
2380
2381
2382
2383
2384
2385
2386
2387
2388
2389
2390
2391
2392
2393
2394
2395
2396
2397
2398
2399
2400
2401
2402
2403
2404
2405
2406
2407
2408
2409
2410
2411
2412
2413
2414
2415
2416
2417
2418
2419
2420
2421
2422
2423
2424
2425
2426
2427
2428
2429
2430
2431
2432
2433
2434
2435
2436
2437
2438
2439
2440
2441
2442
2443
2444
2445
2446
2447
2448
2449
2450
2451
2452
2453
2454
2455
2456
2457
2458
2459
2460
2461
2462
2463
2464
2465
2466
2467
2468
2469
2470
2471
2472
2473
2474
2475
2476
2477
2478
2479
2480
2481
2482
2483
2484
2485
2486
2487
2488
2489
2490
2491
2492
2493
2494
2495
2496
2497
2498
2499
2500
2501
2502
2503
2504
2505
2506
2507
2508
2509
2510
2511
2512
2513
2514
2515
2516
2517
2518
2519
2520
2521
2522
2523
2524
2525
2526
2527
2528
2529
2530
2531
2532
2533
2534
2535
2536
2537
2538
2539
2540
2541
2542
2543
2544
2545
2546
2547
2548
2549
2550
2551
2552
2553
2554
2555
2556
2557
2558
2559
2560
2561
2562
2563
2564
2565
2566
2567
2568
2569
2570
2571
2572
2573
2574
2575
2576
2577
2578
2579
2580
2581
2582
2583
2584
2585
2586
2587
2588
2589
2590
2591
2592
2593
2594
2595
2596
2597
2598
2599
2600
2601
2602
2603
2604
2605
2606
2607
2608
2609
2610
2611
2612
2613
2614
2615
2616
2617
2618
2619
2620
2621
2622
2623
2624
2625
2626
2627
2628
2629
2630
2631
2632
2633
2634
2635
2636
2637
2638
2639
2640
2641
2642
2643
2644
2645
2646
2647
2648
2649
2650
2651
2652
2653
2654
2655
2656
2657
2658
2659
2660
2661
2662
2663
2664
2665
2666
2667
2668
2669
2670
2671
2672
2673
2674
2675
2676
2677
2678
2679
2680
2681
2682
2683
2684
2685
2686
2687
2688
2689
2690
2691
2692
2693
2694
2695
2696
2697
2698
2699
2700
2701
2702
2703
2704
2705
2706
2707
2708
2709
2710
2711
2712
2713
2714
2715
2716
2717
2718
2719
2720
2721
2722
2723
2724
2725
2726
2727
2728
2729
2730
2731
2732
2733
2734
2735
2736
2737
2738
2739
2740
2741
2742
2743
2744
2745
2746
2747
2748
2749
2750
2751
2752
2753
2754
2755
2756
2757
2758
2759
2760
2761
2762
2763
2764
2765
2766
2767
2768
2769
2770
2771
2772
2773
2774
2775
2776
2777
2778
2779
2780
2781
2782
2783
2784
2785
2786
2787
2788
2789
2790
2791
2792
2793
2794
2795
2796
2797
2798
2799
2800
2801
2802
2803
2804
2805
2806
2807
2808
2809
2810
2811
2812
2813
2814
2815
2816
2817
2818
2819
2820
2821
2822
2823
2824
2825
2826
2827
2828
2829
2830
2831
2832
2833
2834
2835
2836
2837
2838
2839
2840
2841
2842
2843
2844
2845
2846
2847
2848
2849
2850
2851
2852
2853
2854
2855
2856
2857
2858
2859
2860
2861
2862
2863
2864
2865
2866
2867
2868
2869
2870
2871
2872
2873
2874
2875
2876
2877
2878
2879
2880
2881
2882
2883
2884
2885
2886
2887
2888
2889
2890
2891
2892
2893
2894
2895
2896
2897
2898
2899
2900
2901
2902
2903
2904
2905
2906
2907
2908
2909
2910
2911
2912
2913
2914
2915
2916
2917
2918
2919
2920
2921
2922
2923
2924
2925
2926
2927
2928
2929
2930
2931
2932
2933
2934
2935
2936
2937
2938
2939
2940
2941
2942
2943
2944
2945
2946
2947
2948
2949
2950
2951
2952
2953
2954
2955
2956
2957
2958
2959
2960
2961
2962
2963
2964
2965
2966
2967
2968
2969
2970
2971
2972
2973
2974
2975
2976
2977
2978
2979
2980
2981
2982
2983
2984
2985
2986
2987
2988
2989
2990
2991
2992
2993
2994
2995
2996
2997
2998
2999
3000
3001
3002
3003
3004
3005
3006
3007
3008
3009
3010
3011
3012
3013
3014
3015
3016
3017
3018
3019
3020
3021
3022
3023
3024
3025
3026
3027
3028
3029
3030
3031
3032
3033
3034
3035
3036
3037
3038
3039
3040
3041
3042
3043
3044
3045
3046
3047
3048
3049
3050
3051
3052
3053
3054
3055
3056
3057
3058
3059
3060
3061
3062
3063
3064
3065
3066
3067
3068
3069
3070
3071
3072
3073
3074
3075
3076
3077
3078
3079
3080
3081
3082
3083
3084
3085
3086
3087
3088
3089
3090
3091
3092
3093
3094
3095
3096
3097
3098
3099
3100
3101
3102
3103
3104
3105
3106
3107
3108
3109
3110
3111
3112
3113
3114
3115
3116
3117
3118
3119
3120
3121
3122
3123
3124
3125
3126
3127
3128
3129
3130
3131
3132
3133
3134
3135
3136
3137
3138
3139
3140
3141
3142
3143
3144
3145
3146
3147
3148
3149
3150
3151
3152
3153
3154
3155
3156
3157
3158
3159
3160
3161
3162
3163
3164
3165
3166
3167
3168
3169
3170
3171
3172
3173
3174
3175
3176
3177
3178
3179
3180
3181
3182
3183
3184
3185
3186
3187
3188
3189
3190
3191
3192
3193
3194
3195
3196
3197
3198
3199
3200
3201
3202
3203
3204
32